Zeitschrift: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 50 (1971)

Heft: 2

Artikel: Friedrich Engels und die soziale Demokratie

Autor: Brandt, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338351

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 2 Februar 1971

Profil

Willy Brandt

Friedrich Engels und die soziale Demokratie¹

Man kann Friedrich Engels – den aussergewöhnlichen Mann und sein aussergewöhnliches Werk – nur vor dem Hintergrund seiner Zeit begreifen. Man lernt nur aus dem, was war und ist. Ich befinde mich hier übrigens nicht in Konkurrenz zu anderen Rednern dieser Tage. Da geht es um sehr unterschiedliche Ebenen und ganz verschiedene Werte. Was nützt eine Lehre, die ihres freiheitlichen und humanen Inhalts entleert, die damit blutleer gemacht worden ist? Was nützt – auf diesen Tag bezogen – eine Sammlung ritualisierter Formeln, in denen das Wesen der denkenden, wirklichen Persönlichkeit Friedrich Engels nicht mehr erkennbar ist!

Der dogmatisierte Marxismus ist zu einer der Heilslehren gemacht worden, wie sie in der Geschichte der Menschheit kommen und gehen. Dabei weiss ich wohl, dass es in der kommunistischen Welt mehr Differenzierung und geistige Fächerung gibt, als dies von den meisten bei uns im Westen bisher zur Kenntnis genommen wurde. Gleichwohl sage ich: Das Erbe von Engels und Marx ist, wohlverstanden, bei denen am besten aufgehoben, die ohne Dogma daran festhalten, dass es die menschliche Gesellschaft zu humanisieren gilt.

Das Werk von Engels und Marx hat – gerade wenn man es nicht dogmatisiert, seine Schwächen nicht übersieht, seinen Erkenntnisgrad nicht als einen Schlusspunkt betrachtet – über den Rahmen der Arbeiterbewegung hinaus auf viele Gebiete der Wissenschaft und der Beschäftigung mit gesellschaftlichen Vorgängen einen nachhaltigen Einfluss ausgeübt.

Ich hatte das Wort von Professor von Nell-Breuning zitiert, dass wir alle «auf den Schultern von Marx» stehen. Auch in der evangelischen Kirche begann man bereits um die Jahrhundertwende die Frage zu disku-

¹ «Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie». Verlag Neue Gesellschaft Bonn-Bad Godesberg.

tieren, ob der so arg verketzerte «Marxismus» nicht doch auch eine Frage an die Christenheit sei. Professor Karl Kupisch meint in seinem Werk «Vom Pietismus zum Kommunismus», Christoph Blumhardts Botschaft vom Reiche Gottes, das in dieser Welt schon seine Verwirklichung finden soll, sei ohne Engels undenkbar gewesen. Und dies habe doch den Anfang einer neuen evangelisch-sozialen Bewegung begründet.

Marx und Engels meinten in ihrer Frühzeit, es gebe im Grunde «nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte». Das war gewiss eine jugendliche Übertreibung. Aber der Satz zeigt doch das leidenschaftliche Interesse, das die beiden der Geschichtswissenschaft entgegenbrachten. Sie leiteten dadurch – dies kann niemand bestreiten – eine Revolution der Geschichtsbetrachtung ein, die sich in der modernen internationalen Forschung so durchgesetzt hat, dass sie selbstverständlich geworden ist. Sie entdecken in Wirklichkeit die Rolle des Ökonomischen in der Geschichte, die Bedeutung der gesellschaftlichen Kräfte und ihrer Interessen. Diese Leistung wird heute auch von denjenigen nicht mehr bestritten, die sich im übrigen kaum noch die damals neue Weichenstellung bewusst machen. Wer nennt im übrigen heute noch Johannes Kepler, wenn von Weltraumforschung, wer Dalton, wenn von Atomtheorie die Rede ist? Wenn neue Erkenntnisse Allgemeingut werden, geschieht es oft, dass die Urheber fast vergessen werden oder aber dass man aus anderen Gründen keinen Wert darauf legt, die Urheber zu nennen.

Nun ist gewiss nicht zu verkennen, dass sich viele Voraussagen von Engels als irrig erwiesen haben. Aber wir wollen dabei nicht übersehen, dass nicht nur manche der damaligen Analysen fruchtbar und aufwühlend bis in diese Zeit hineinwirken, sondern dass es auch Texte aus dem vorigen Jahrhundert gibt, die prophetisch erscheinen, weil wir in diesem Jahrhundert die Verwandlung von Visionen in schreckliche Realität erlebt haben. Friedrich Engels schrieb 1888:

«Und endlich ist kein andrer Krieg für Preussen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm.

Die Verwüstungen des Dreissigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Strassenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehn wird . . .»

Er, den in den letzten Lebensjahren die Gefahr des Weltkrieges wie ein Alptraum bedrückte, fuhr fort: «Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt. Das ist es, meine Herren Fürsten und Staatsmänner, wohin Sie in Ihrer Weisheit das alte Europa gebracht haben.»

Wir haben die zwei Weltkriege und die Schrecken, die mit ihnen verbunden waren, mehr oder weniger hinter uns. Vor uns haben wir die Aufgabe, einen dritten Weltkrieg – mit der realen Gefahr der Menschheitszerstörung – verhindern zu helfen. Jedenfalls muss es die vordringlichste Aufgabe deutscher Politik in dieser Zeit sein, dass nicht nur kein dritter Krieg von deutschem Boden aus beginnen kann, sondern dass alle unsere Kraft eingesetzt wird, um den Frieden in der ganzen Welt sicherer zu machen und besonders einer Friedensordnung in und für Europa den Weg zu bereiten.

Gestützt auf unsere bewährten Freundschaften im Westen sind wir daran gegangen, den Prozess der Normalisierung und der Zusammenarbeit gegenüber den Völkern und Staaten Osteuropas illusionslos, aber beharrlich anzustreben. Und wenn wir in diesen Wochen unsere Beziehungen zur Volksrepublik Polen auf eine neue Basis stellen, so denke ich nicht ohne Bewegung an die beschwörenden Worte, die Friedrich Engels – wie mancher andere aufrechte Demokrat – vor hundert Jahren und mehr für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Polen gefunden hat. Im übrigen soll jedermann wissen, dass das, was man unsere Ostpolitik nennt, zugleich weniger und mehr ist, als viele Kommentatoren damit verbinden:

Es ist weniger, als diejenigen meinen, die uns einen Alleingang andichten wollen oder übersehen, wie sehr bei uns alles aufbaut auf der aktiven Mitarbeit an der westeuropäischen Einigung und am Bündnis mit Amerika. Es ist mehr, als die an die blosse Tagespolitik Gebundenen vermuten, weil wir über die Regelung bilateraler Fragen hinaus die Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass über den beiderseitigen und ausgewogenen Abbau von Truppen und Rüstungen verhandelt werden kann.

Auf der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten habe ich am 3. September 1968 in Genf gesagt: «In Mitteleuropa existiert die grösste Ansammlung militärischer Zerstörungskraft. Dies ist wider die Vernunft. Es ist wider die Interessen der Völker. Wenn andere ihre Macht demonstrieren und damit neue, gefährliche Spannungen erzeugen, so kann es nicht unsere Sache sein, darauf zu antworten, indem wir die Spannungen steigern.» Ich habe auch gesagt, dass niemand den nuklearen Supermächten das Recht gibt, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung anderer Staaten zu bestreiten oder einzuschränken.

Europa muss, trotz allen Interessengegensätzen und sonstigen Schwierigkeiten auf dem Wege zur Friedensordnung auch deswegen vorankommen, weil es nur so seinen Aufgaben gegenüber anderen gerecht werden

kann. Dabei geht es allgemein um die Mitverantwortung für den Weltfrieden. Konkret geht es auch um die Probleme der Dritten Welt.

In einem Brief an Friedrich Engels aus dem Jahre 1852 stellt Marx die Frage, ob sie beide die weltpolitische Entwicklung nicht falsch eingeschätzt hätten. Der Bourgeoisie – so meinte er – sei es gelungen, in den industrialisierten Ländern eine gewisse Stabilität herbeizuführen. Das Mittel dazu sei die Ausbeutung der Kolonien gewesen. Am Beispiel Indiens entwickelt Marx in Worten, die an die alten Propheten erinnern, die Doppelrolle, die die grossen Staaten durch die Kolonialisierung und die Ausbeutung weiter Teile der Welt gespielt hätten: Auf der einen Seite Unterdrückung, auf der anderen Seite – als notwendiges Instrument der Unterdrückung – der Aufbau der Elemente einer modernen Infrastruktur. Und Marx stellt die Frage, ob die Sterbestunde des Kapitalismus – im Gegensatz zu früheren Hoffnungen – nicht über den Umweg der unterentwickelten Länder kommen werde.

Nun, die Welt hat sich auch insoweit in vielem anders entwickelt. Aber geblieben ist die Frage der Überwindung des Hungers und der Ungerechtigkeit auf der Welt. Der Gegensatz zwischen reichen und armen Völkern ist zu einem beherrschenden Element des weltpolitischen Geschehens geworden. Und da das so ist, muss eine sinnvolle Entwicklungspolitik selbstverständlich darauf aus sein, zukunftsträchtige Strukturen entwickeln zu helfen. Nicht dies zu fördern, sondern dies zu bestreiten, zeugt von ideologischer Befangenheit.

Unsere politischen Uhren gehen anders als vor hundert Jahren. Aber fundamentale Fragestellungen und Forderungen sind trotzdem unverändert aktuell geblieben.

So die Schlussfolgerung aus der Inauguraladresse des Jahres 1864 über «die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts», von denen es hiess, sie sollten «ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein».

So auch – obwohl oder gerade weil wir die zweite industrielle Revolution erleben – die Forderung, die Selbstentfremdung des Menschen zu überwinden. Dass die Entmenschlichung des gesellschaftlichen Daseins trotz allen materiellen Fortschritts eher noch zuzunehmen droht, ist ja eine der entscheidenden Ursachen für die Unruhe der jungen Generation in allen Industriestaaten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält nichts von Patentrezepten oder billigen Lösungen. Sie ist und bleibt der Überzeugung, dass es keinen Sozialismus ohne Demokratie gibt. Sie ist und bleibt der Überzeugung, dass das Streben nach demokratischer Freiheit und nach sozialer Gerechtigkeit historisch gesehen unauflösbar ist. Das Verlangen nach Mitbestimmung ist elementar und universell zugleich.

Hier liegt die entscheidende Kontroverse zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik. Hier geht es um den Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung.

Das konservative Lager hat in dieser prinzipiellen Auseinandersetzung den historischen Faden verloren. Mit Entschiedenheit gilt es gegen jene Kräfte Front zu machen, die im Jahre 1970 immer noch – oder wieder – von den notwendigen Reformen der Gesellschaft dadurch ablenken möchten, dass sie antisozialistische Emotionen wecken oder anderen ihren neurotischen Marxistenschreck aufreden wollen. Dies gilt auch für das törichte Gerede von einem «sozialistischen» Europa, als ob die sich mühsam bildende Gemeinschaft auf irgendeine relevante Gruppe verzichten könnte. Nein, es geht nicht um Vogelscheuchen, sondern um die realen Probleme der Demokratisierung und umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung. Und im übrigen ist die Zeit vorbei, in der etwas Vernünftiges von der Mehrheit schon deshalb abgelehnt wurde, weil man es aus böswilliger Absicht mit dem Stempel «sozialistisch» versah.

Bleibt eine letzte Bemerkung: Das Deutschland von Engels und Marx war in Staaten geteilt, 36 an der Zahl. Trotzdem haben beide, als preussische Staatsbürger geboren, nie daran gezweifelt, Deutsche zu sein. Sie sind stets für ein geeintes und freies Deutschland eingetreten. Selbstbestimmung gehörte zu ihren politischen Maximen. Für sie galt, was Fichte mit den Worten ausdrückte:

«Wenn man nicht im Auge behielte, was Deutschland zu werden hat, wenn man es nicht um dessentwillen liebte, was es werden soll, wird und muss – woher nehmen wir das Interesse dafür, ob wir von aussen und innen beherrscht und geteilt werden!»

Heute, im geteilten Deutschland, sollte man sich daran erinnern, dass für Engels, Marx und Lassalle, auf dem Boden der deutschen Philosophie stehend, der Begriff der deutschen Nation konkret und durchaus nicht inhaltlos war. Auch als die Deutschen keinen gemeinsamen Staat hatten, waren sie für Engels, Marx und Lassalle doch ein deutsches Volk, eine Nation im geteilten Vaterland. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass Engels dieser Tage von Ostberlin als Ausländer, ich habe eher den Eindruck, dass er als «Gesamtdeutscher» in Anspruch genommen wird.

Engels und sein Freund Marx wollten dem armen, gequälten und unterdrückten Menschen helfen. Sie haben ihm beweisen wollen – um dies noch einmal zu unterstreichen –, dass Armut und Unterdrückung kein Naturphänomen, nicht das Resultat unaufhebbaren Mangels oder einer göttlichen Ordnung seien, sondern das Ergebnis der Ausbeutung auf einer vergänglichen, überwindbaren Entwicklungsstufe, deren Nutzniesser sich durch politische Gewalt zu verteidigen und durch ideologische Verschleierung zu rechtfertigen suchten. Engels und Marx bemühten sich, wirtschaftliche Verhältnisse als Faktoren der Politik zu erkennen und politische Tatbestände auf ihre ökonomischen Wurzeln zurückzuführen. Sie haben damit dem Denken eine neue Dimension und der Welt eine neue Hoffnung gegeben. Dies sollte bei aller Relativierung durch Zeitablauf und Erfahrungsstand sowie bei aller Notwendigkeit der kritischen Auseinandersetzung nicht vergessen werden.

Ein ganzes Leben lang hat Friedrich Engels die Sache der Unterdrückten zu seiner Sache gemacht. Er hat den Gequälten und seinem weithin unglücklichen Volk nicht den Rücken gekehrt. Die Wuppertaler können stolz sein auf ihren grossen Sohn, so auch unser ganzes Volk. Honneurs «dem General»!

Klaus Völker

Zensur in unserer Gesellschaft

Die Auseinandersetzungen von Künstlern, Kulturschaffenden mit Zensurbehörden gibt es, seit die Kunst eine Rolle im gesellschaftlichen Leben spielt. Bücher- oder Flugschriftenverbote sind so alt wie die Buchdruckerkunst; sie werden mehr oder weniger streng in allen Staaten praktiziert. Diese Verbote haben die literarische Gesamtentwicklung ungeheuer beeinflusst. An der Zensur scheiterte so manches schriftstellerische Talent, während andere Autoren im Umgang mit der Zensur besondere Kunstfertigkeiten und sprachliche Eigenheiten kultivierten, die sie erst berühmt machten. Diese im Nachhinein «positiven» Auswirkungen wiegen jedoch keinesfalls die verhängnisvolle Rolle auf, die die Zensur immer gespielt hat. Was ist Zensur? Laut Schweizer Lexikon von 1948 ist Zensur «die vorgängige Prüfung einer beabsichtigten öffentlichen Gedankenäusserung durch eine Behörde». In unserer Gesellschaft sind Zensurbehörden im hergebrachten Sinn nicht mehr nötig.

Wenn auch die Verfassungen westlicher, demokratisch regierter Länder wie die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland das Recht auf «freie Meinungsäusserung» garantieren und die Pressefreiheit zusichern, ist das, gemessen an den tatsächlichen Gegebenheiten, eine recht dürftige und fragwürdige Freiheit. Der «Weg zum Erfolg» in unserer Gesellschaft führt an dem Recht auf freie Meinungsäusserung vorbei. Erfolg hat nur der, der sich den mörderischen Marktgesetzen unterwirft.

Ein klassischer Fall von Zensur

Das Hemmende der vormärzlichen Zensur kam nicht erst in den tatsächlichen Streichungen zum Ausdruck, sondern in der Vorzensur, die sie erzwang.

Otto Rommel

Bevor wir uns heute üblichen Formen von Zensur zuwenden, wollen wir erst einen klassischen Fall betrachten, der bereits einige von jenen Verfeinerungen andeutet, die für die gegenwärtigen Verhältnisse typisch sind. Es gibt keinen nennenswerten Schriftsteller in den Jahren vor 1848,